

LESERBRIEF

Mitdenken ist angesagt

Zu den Leserbriefen von Josef Schuler und Herbert Birrer in der Ausgabe vom 5. Januar

Der Verein Pro Lindenberg und seine 230 Mitglieder arbeiten und recherchieren politisch unabhängig seit nun bald fünf Jahren im Kontext der geplanten Windindustriestriktionen auf dem Lindenberg. Dieses Richtplangebiet wurde zu wenig genau abgeklärt, und viele vorhandene Tatsachen im Atlas des Kantons Luzern wurden schlichtweg vergessen. Unser Antrag, die Windindustriezone Nr. 1 Lindenberg im Richtplan mangels genügender und geeigneter Stellflächen zu streichen, haben wir in der vorletzten Ausgabe des «Seetaler Bote» mit einer verständlichen Karte transparent aufgezeigt und begründet. Infolge der Mindestabstände zu bewohnten Gebäuden, technischen Restriktionen (Wetterradar Albis, Polycom Richtstrahlantenne und Flugvolte) sowie ökologisch geschützten Gebieten (Hochmoore) verbleiben lediglich noch fünf Prozent des Richtplangebietes für allfällige Planungen übrig. Diese Flächen weisen aber schlechte Windverhältnisse auf oder sind topologisch für Windturbinen nicht geeignet. Verschiedene Grundeigentümer in diesem noch freien Bereich lehnen Windturbinen auf ihrem Land bereits heute ab. Der Verein und seine Mitglieder nehmen somit die Bürgerpflicht wahr und stellt im ordentlichen Verfahren einen Antrag. Das ist gelebte Demokratie und nicht diktierte Behördenwillkür. Bereits heute folgen 250 Bürgerinnen und Bürger unserem Antrag und haben diesen auch beim Kanton registriert. Schützt unseren Lindenberg.

Heiri Knaus, Präsident Verein Pro Lindenberg, Hämikon-Berg

Leserbriefe

- > Leserbriefe sollten möglichst kurz sein, maximal 2200 Zeichen inkl. Leerschläge.
- > Immer mit der vollständigen Adresse (inkl. Telefonnummer) versehen, anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.
- > Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe ohne Rücksprache zu kürzen. **SB**

6 Bisherige und 13 Neukandidierende

BALLWIL Die Mitte des Wahlkreises Hochdorf hat am Montagabend 19 Kandidatinnen und Kandidaten für die Kantonsratswahlen nominiert. Zudem haben die Delegierten einer Listenverbindung mit der FDP Wahlkreis Hochdorf zugestimmt.

Die Mitte Wahlkreis Hochdorf schickt ein starkes Kandidatenfeld in den Wahlkampf. Neben sechs bisherigen Kantonsräten treten 13 neue Kandidierende an. «Die Liste überzeugt durch ihre regionale Ausgewogenheit», teilt die Partei in einer Pressemitteilung mit. Auch beruflich ist die Liste breit durchmischt: Unter den Kandidierenden finden sich unter anderem ein Digital-Experte, eine Chefarztsekretärin, ein Abteilungsleiter der Schweizer Armee, Unternehmerinnen und Unternehmer, ein Gemeindepräsident und ein Meisterlandwirt. Am Montagabend haben die 80 anwesenden Delegierten folgende Personen für die Kantonsratswahlen nominiert: David Affentranger (neu, Hitzkirch), Tefik Bairami (neu, Emmen), Michael Baumeler (neu, Hochdorf), Melanie Casanova (neu, Aesch), Karin Dober (neu, Rothenburg), Alberto Ferrara (neu, Ballwil), Fetija Gini (neu, Emmen), Roman Grisiger (neu, Eschenbach), Tobias Käch (bisher, Emmen), Christian Meister (neu, Emmen), Adrian Nussbaum (bisher, Hochdorf), Thomas Oehen (bisher, Aesch), Bernadette Rüttimann Oehen (bisher, Hohenrain), Daniel Rüttimann



Die Mitte Wahlkreis Hochdorf hat nominiert, ganz rechts der amtierende Regierungsrat Reto Wyss. Foto pd

(bisher, Hochdorf), Tresa Stübi (neu, Emmen), Armin Stuedler (neu, Rothenburg), Claudia Wedekind (bisher, Ermensee), Kurt Zemp (neu, Hochdorf), Corinne Zurgilgen (neu, Römerswil).

In einem Gespräch wurden die beiden Mitte-Kandidierenden für den Regierungsrat vorgestellt. Der Bisherige Reto Wyss (Rothenburg) und Michaela Tschuur (Wikon) als neue Kandidatin bezeichneten sich als «idealen Mix» bezüglich Geschlecht, Herkunft, Ausbildung, Alter und Politstil. Der erfahrene Regierungsrat und Finanzdirektor sowie die Unternehmensjuristin und

Gemeindepräsidentin wollen mit einer mehrheitsfähigen Politik Luzern als attraktiven Kanton zum Wohnen und Arbeiten gestalten.

Diskriminierung beenden

Zudem sammelt die Partei zurzeit Unterschriften für zwei nationale Initiativen. Heute bezahlen Ehepaare mehr Steuern und bekommen weniger AHV-Rente als unverheiratete Paare. Um diese Diskriminierung zu beenden, hat die Partei zwei Initiativen für faire Steuern und für faire Renten lanciert.

Die anwesenden Delegierten haben

eine Listenverbindung mit der FDP einstimmig unterstützt. Ziel ist es, dass FDP und Mitte dank der Listenverbindung ein zusätzliches Restmandat im Wahlkreis Hochdorf holen. Die Verbindung ist an keine gegenseitigen Bedingungen geknüpft.

Für Wahlkampfleiter Pirmin Jung ist klar: «Die Listenverbindung ist an der Basis der beiden Parteien breit akzeptiert. Sie hat sich bei Kantonsratswahlen 2019 bestens bewährt.» Die Delegierten der FDP Wahlkreis Hochdorf haben der Listenverbindung mit der Mitte bereits grünes Licht erteilt. **pd**

Haussperling am häufigsten

NATUR Zum vierten Mal rief BirdLife Luzern zur winterlichen «Volkszählung» der befiederten Gäste in Gärten und Parks auf. An vier Tagen zählten mehr als 400 Vogelbegeisterte über 8000 Vögel in 120 Schweizer Gemeinden.

Seit Donnerstag waren Vogelfreundinnen und Naturinteressierte aufgerufen, eine Stunde lang die Vögel im Siedlungsraum zu beobachten und zu melden. Ge-

mäss der aktuellen Zwischenbilanz auf dem Meldeportal www.stunde-der-wintervoegel.ch ist der Haussperling auch dieses Jahr der häufigste Wintervogel in unseren Dörfern und Städten. Dies teilte BirdLife Luzern am Sonntagabend mit. Während die Art andernorts wie in Deutschland, Österreich und Frankreich deutlich zurückgegangen ist, halte sich der Spatz in der Schweiz gut.

Wintervögel: Kohlmeise

Der am weitesten verbreitete Wintervogel in den Siedlungen ist die Kohlmeise. Fast in neun von zehn Gärten (88 Pro-

zent) konnte die Vogelart beobachtet werden. Auf den folgenden Plätzen folgen Blaumeise (80 Prozent der Gärten) und Amsel (75 Prozent). 2022 war die Amsel noch auf dem Spitzenplatz.

«Das Wichtigste an der «Citizen Science»-Aktion ist, dass möglichst viele Leute mitmachen und sich nicht durch exakte Vorgaben davon abhalten lassen», wird Peter Knaus, Präsident von BirdLife Luzern in der Medienmitteilung zitiert.

«Vögel beobachten macht Spass, und viele Vögel in der Umgebung machen Menschen glücklicher.» Das zeigte eine

wissenschaftliche Studie, die im Fachblatt «Ecological Economics» erschienen ist.

Milder Winter

Der milde Winter habe bei der Zählung seine Spuren hinterlassen. So seien heuer etliche Arten zu beobachten gewesen, die den Winter üblicherweise hauptsächlich im Mittelmeerraum verbringen. Zu diesen sogenannten Kurzstreckenziehern zählen Bachstelze, Hausrotschwanz, Heckenbraunelle, Singdrossel, Sommergoldhähnchen und Zilpzalp. **pd**

BRIEF

aus dem Nationalrat



Franz Grüter
SVP, Eich

Vor Weihnachten hatte ich die Gelegenheit, zusammen mit dem Armeechef Thomas Süssli den Kosovo zu besuchen. Ziel des Besuches war es, sich ein Bild der sich zuspitzenden Lage zwi-

Schweizer Truppen sollen aus Kosovo zurückkehren

schen Serbien und Kosovo zu machen. Schliesslich entscheidet das Parlament dieses Jahr über die Fortführung des Einsatzes von 195 Schweizer Armeemangehörigen im Krisengebiet.

Ehrlich gesagt, war ich erschrocken über den Zustand des Landes zwanzig Jahre nach dem Krieg. In vielen Bereichen, vor allem im Norden, ist das Land

weit weg von einem normal funktionierenden Staat. Die Wasserversorgung ist zerfallen. Die Abfallentsorgung ist mangelhaft. Auch die Energieversorgung ist in einem desolaten Zustand. Sie besteht aus einem einzigen riesigen Braunkohle-Kraftwerk ohne Filteranlagen. Die EU hat zwar Geld für Filteranlagen bezahlt – eingebaut wurden diese aber nie. Korruption prägt den Alltag.

Machtvakuum im Norden Kosovos

Vor allem im Norden des Landes gibt es in den Grenzgebieten zu Serbien ein institutionelles Machtvakuum. Vor einhalb Monaten traten 600 serbischstämmige Polizisten im Dienst Kosovos zurück. Der Norden ist dadurch nicht mehr unter voller Kontrolle der kosovarischen Behörden. Es gibt Clans und undurchsichtige Machtstrukturen. Autos werden abgebrannt und Strassenblockaden errichtet. Dazu kommen fast täglich Provokationen, die zu einer weiteren Eskalation führen könnten.

Nach der Rückkehr in die Schweiz hat sich die Lage noch weiter zugespitzt. Gerade hat ein kosovarischer Soldat ausserhalb seiner Dienstzeit zwei serbische Jugendliche angeschossen, die auf dem Weg zur orthodoxen Weihnachtsmesse waren. Das serbische Militär hat

bei der Nato-geführten Schutztruppe KFOR beantragt, mit 1000 Soldaten und Polizisten ins benachbarte Kosovo einrücken zu dürfen. Serbiens Regierung stützt sich dabei auf eine UN-Resolution aus dem Jahr 1999. In diesem Text wird auch die territoriale Integrität Jugoslawiens bestätigt – gleichzeitig sichert die Resolution der kosovarischen Bevölkerung eine «substanzielle Autonomie» zu. Allerdings «innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien».

Die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo 2008 hat eine neue Situation geschaffen. Über hundert Staaten haben den Kosovo inzwischen als eigenständigen Staat anerkannt. Andere nicht, darunter auch EU-Staaten wie Spanien, Griechenland und Rumänien, die befürchten, dass sich ihre Minderheiten mit Berufung auf den Kosovo ebenfalls abspalten könnten. Kurz gesagt: Die Einordnung des Kosovo-Konflikts ist und bleibt komplex.

Nur eine neutrale Schweiz kann als Vermittlerin auftreten

Im Norden Kosovos gibt es grössere serbische Minderheiten und Konflikte mit der albanischen Bevölkerungsmehrheit. Der Antrag auf Entsendung serbischer Sicherheitskräfte begründet

Belgrad mit der Absicht, diese «ethnische Spannungen abbauen» zu wollen. Eine kriegerische Auseinandersetzung wird damit immer wahrscheinlicher. Das würde eine direkte Konfrontation zwischen der NATO und serbischen Truppen bedeuten.

Was heisst dies nun für die Schweiz? Die gute Nachricht vorab: Es finden bei uns bereits Gespräche hinter verschlossenen Türen statt zwischen Serben und Kosovaren. Das ist gut und streicht die Bedeutung der guten Dienste der Schweiz heraus. Umso wichtiger ist es, dass wir als neutraler Staat wahrgenommen werden – und zwar von beiden Seiten. Problematisch ist deshalb die Präsenz Schweizer Truppenangehöriger im Rahmen der NATO. Die NATO hatte 1999 ohne UN-Mandat Jugoslawien angegriffen. Von serbischer Seite wird der militärische Einsatz als völkerrechtswidriger Krieg und Einmischung in innerstaatliche Angelegenheiten gesehen. Die NATO begründete ihren Einsatz als «humanitäre Intervention». Wie schon gesagt: Es gibt keine einfachen Antworten.

Die Schweiz droht zur Kriegspartei zu werden

Wie weiter? Seit 1999 leistet die Schweiz einen militärischen Friedens-

sicherungseinsatz. Die Kosten liegen mittlerweile bei rund 45 Millionen Franken im Jahr. Die SVP war gegen dieses Engagement im Rahmen der NATO. Unsere Haltung war und ist: Humanitäre und zivile Hilfe ja, aber nicht mit uniformierten Truppenangehörigen bei einer internationalen Streitmacht. Es zeigt sich zunehmend, dass die Schweizer Truppen nicht Friedenssicherung, sondern Friedenserzwingung werden leisten müssen. Der Schritt zur kriegerischen Auseinandersetzung ist damit nur noch gering. Die Schweiz ist Teil der KFOR-Truppen der NATO und wird damit Kriegspartei.

Lassen Sie es mich klar sagen: Unsere Frauen und Männer im Kosovo leisten einen sehr guten Job. Ich habe die vielen motivierten jungen Frauen und Männer persönlich kennengelernt. Ich möchte aber nicht, dass Schweizer Armeemangehörige dort ihr Leben verlieren. Und die Gefahr, dass dies passiert, ist leider real geworden. Zudem gefährdet der Einsatz die Schweizer Neutralität. Deshalb ist der Kosovo-Einsatz der Schweiz zu beenden und der Fokus auf die diplomatische Vermittlung zwischen den Streitparteien zu legen.